

Zentralausschuss **Aktuell**

Aushang lt. PBVG

Lenkungsausschuss mit dem Postvorstand am 31. Jänner 2012

Die Vertreter des Zentralausschusses konnten im Zuge der knapp zweistündigen Verhandlung die Positionen der Personalvertretung festigen. Die zweite Fraktion im Zentralausschuss blieb der Sitzung fern.

Arbeitsgruppe Leistungsbeurteilung

Wir wollen eine Betriebsvereinbarung, in der das Mitspracherecht der Personalvertretung zum Schutz der Kollegenschaft gesichert ist. Jährlich soll ein Mitarbeitergespräch stattfinden und nur bei bestimmten und konkret formulierten Anlässen eine Beurteilung erfolgen. Derzeit arbeiten Juristen beider Seiten an dieser Betriebsvereinbarung.

Bezüglich der im Herbst vom Personalmanagement durchgeführten Leistungsbeurteilungen mit Angestellten reichte der Zentralausschuss im Namen unseres Vorsitzenden Helmut Köstinger bei Gericht Klage ein. Die ersten Zeugeneinvernahmen (führende VertreterInnen des Managements) sind für Anfang März 2012 angesetzt.

Arbeitsgruppe Pensionierungshärtefälle

Hier erfolgte bereits eine Einigung. In Zukunft muss die Personalvertretung vor Einleitung eines Ruhestandsversetzungsverfahrens informiert werden. So können im Vorfeld Betroffene von uns beraten werden. Darüber hinaus wurde eine Kommission für Härtefälle eingerichtet.

Arbeitsgruppe Überbrückungsmodell Jahrgänge 1954/55

Auch hier haben wir eine Kommission für Härtefälle durchgesetzt. Voraussetzung für die Inanspruchnahme des Überbrückungsmodells ist der Verlust des Arbeitsplatzes infolge Organisationsänderungen. Ab Mitte Februar 2012 sollen erste konkrete Fälle behandelt werden.

Arbeitsgruppe Güterbeförderung

Wir wollen auch in Zukunft eine posteigene Güterbeförderung und arbeiten derzeit an einer Betriebsvereinbarung "Lenkdienst in der Organisationseinheit Güterbeförderung" und an notwendigen Anpassungen im KollV-Neu. Zurzeit erfolgt die rechtliche Prüfung. Bis Ende März 2012 soll das Gesamtpaket inklusive einer Personalgarantie stehen.

Arbeitsgruppe Personalkapazitäten Brief

Die von uns eingemeldeten 57 Zustellbasen wurden hinsichtlich ihrer Personalreserven überprüft. In 31 Fällen wurden konkrete Maßnahmen (Versetzungen, Neuaufnahmen) eingeleitet. Die Umsetzung unserer Forderung von mindestens 9% Personalreserve in Köpfen auf allen Zustellbasen läuft. Es ist vereinbart, dass pro Quartal die Einhaltung der 9% Personalreserve, das Ausmaß der Mitbesorgungen und die Urlaubsabwicklung überprüft werden. Das Management stellt uns am Ende jedes Quartals die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung. Die anwesenden Vertreter des Zentralausschusses haben den Postvorstand aufgefordert die Vereinbarungen vom November 2011 einzuhalten und sofort mit der Aufnahme von Springern zu beginnen.

Arbeitsgruppe Personalkapazitäten Filialnetz

Unsere Forderung nach einem transparenten und nachvollziehbaren EDV-System zur Überprüfung der Personalstände wurde erfüllt, die notwendigen Zugriffsrechte zu diesem System zugesichert.

KollV-Neu Springer insbesondere in Wien werden künftig für ihren zusätzlichen Aufwand entsprechend entlohnt. Details werden bis Ende Februar 2012 verhandelt.

Arbeitsgruppe Entlohnung Zustellprozesse

Verhandlungsgegenstand ist die seitens des Unternehmens geplante Einführung eines Echtzeitmodells. Das Unternehmen hat uns nach Übergabe unserer Forderungen zugesichert spätestens am 15.2.2012 einen Vorschlag für eine Betriebsvereinbarung vorzulegen. Es werden noch harte Verhandlungen notwendig sein um hier eine Lösung zu erreichen.

Auf Grund der vielen Anfragen bezüglich der bundesweiten Ausrollung der "Kuvertzustellung" haben wir eine Entschärfung der bestehenden Dienstanweisung gefordert, um ab 6.2.2012 einen möglichst praktikablen und reibungslosen Betriebsablauf zu ermöglichen.

Arbeitsgruppe Entlohnung Filialnetz

Die Betriebsvereinbarung MbO für FilialleiterInnen und TeamleiterInnen Post als Ersatz für die Mehrleistungszulage und die MbR-Prämien ist beschlussreif. Die Höhe der Jahresprämie beträgt zwischen 3000 € und 6000 € je nach Filialtyp und wird quartalsweise ausbezahlt. Die ersten Auszahlungen erfolgen nach der Hauptversammlung im Mai 2012.

Für unsere KollV-Neu KollegInnen konnten wir die Bezahlung einer "Geldverkehrszulage" erreichen. Die Regelung gilt nach Abschluss der Betriebsvereinbarung.

Die Verhandlungen für den Samstagsdienst sind ins Stocken geraten. Der Vorstand ist nicht bereit, bei integriertem Samstagsdienst eine Prämie zu zahlen und will stattdessen über neue Arbeitszeitmodelle im Filialnetz verhandeln. Wir haben daraufhin den Samstagsdienst generell in Frage gestellt. Nicht nur, dass lt. Beamtendienstrecht und Dienstordnung Samstage (sowie Sonn- und Feiertage) grundsätzlich dienstfrei zu halten sind, bezweifeln wir die Wirtschaftlichkeit des Samstagsdienstes. Wir haben daher entsprechende Berechnungen verlangt, die uns von GD Dr. Pölzl zugesagt wurden.

Abschließend haben wir den Vorstand aufgefordert, alle Punkte in denen das Unternehmen noch säumig ist, unverzüglich abzarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen
Martin Palensky
Vorsitzender Stellvertreter des Zentralausschuss